

Kreistagsfraktion kritisiert Landkreis / Anuar Naso vorläufig freigelassen

Grüne: „Abschiebung war nicht angemessen“

Von Lothar Veit

Giesen/Landkreis. Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hält die Abschiebung von Badir und Anuar Naso aus Giesen nach Syrien im Rückblick „für vorzeitig und nicht angemessen“. Wie der Abgeordnete Richard Bruns am Freitag mitteilte, erwarten die Grünen vom Landkreis, er möge seine Haltung im Fall Naso überdenken und die Rückreise der Betroffenen zu ihrer Familie ermöglichen. „Durch eine bessere Recherche der Ausländerbehörde hätte Anuar Naso der Aufenthalt in einem syrischen Gefängnis in der jetzigen unruhigen Situation im Nahen Osten erspart werden können.“

Wie berichtet, waren Vater und Sohn Naso am 1. Februar abgeschoben und nach ihrer Ankunft in Damaskus inhaftiert worden. Laut Niedersächsischem Flüchtlingsrat ist Naso am Donnerstag unter Auflagen aus dem Gefängnis entlassen worden. Es gehe ihm den Umständen entsprechend gut, über die Umstände seiner Inhaftierung wollte er aber am Telefon nicht reden, so Flüchtlingsrat-Geschäftsführer Kai Weber. Der 62-jährige Vater Badir war am 13. Februar aus der Haft entlassen worden. Er habe seiner in Deutschland verbliebenen Tochter Schahnas am Telefon nur gesagt: „Sei glücklich, dass du nicht erlebt hast, was wir hier durchgemacht haben.“

„Es gilt Unschuldsvermutung“

Die Grünen kritisieren weiterhin vor allem die Umstände, die zur Abschiebung des 15-jährigen Naso geführt haben, der in seinen Passersatzpapieren aus unerfindlichen Gründen als 19-Jähriger geführt wird. Diese Unstimmigkeit war offenbar auch der Grund für seine längere Haft. Der Landkreis Hildesheim hätte vor der Abschiebung zunächst ein Strafverfahren abwarten müssen, in dem Naso angeklagt ist, so die Grü-

nen: „Nach deutschem Recht gilt für jeden, der nicht vorbestraft ist, die Unschuldsvermutung. Gilt dies für Anuar Naso nicht?“ Zudem habe die Ausländerbehörde positive Aussagen zur Integrationsbereitschaft offenbar nicht in ihre Gesamtbewertung einbezogen. Zwar seien Anuar ein schlechtes Arbeitsverhalten sowie ein negativer Praktikumsbericht angelastet worden, aber ein weiterer Praktikumsbetrieb, ein Friseur aus Hildesheim, sei sehr zufrieden mit Anuars Arbeit gewesen, berichten die Grünen. Ebenso habe der Jugendfußballtrainer des SC Harsum den 15-Jährigen für sein Auftreten und seinen Einsatz gelobt.

Der Landkreis bezieht sich hingegen auf Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes Hannover und des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg, die das Vorgehen der Ausländerbehörde bestätigt hätten. Auch der Innenminister stellte sich auf eine Landtagsanfrage der Grünen hinter die Behörde: „Im Fall der Familie Naso sind von der Ausländerbehörde des Landkreises Hildesheim die gesetzlichen Vorgaben beachtet worden.“ Ihren Lebensunterhalt habe die Familie Naso ausschließlich durch den Bezug von Sozialhilfeleistungen bestritten. „Integrationsbemühungen waren nicht erkennbar“, so Innenminister Uwe Schünemann.

Kai Weber vom Flüchtlingsrat hält diese Argumentation für perfide: „Zum Zeitpunkt der Einreise der Familie bestand für Asyl suchende Flüchtlinge ein absolutes, unbefristetes Arbeitsverbot. Mit immer neuer Begründung hat die Ausländerbehörde der Familie in der Vergangenheit eine Arbeitserlaubnis verweigert.“ Vor diesem Hintergrund sei es bemerkenswert, dass der Familienvater aus eigenem Antrieb deutsch gelernt und jahrelang im Rahmen gemeinnütziger Arbeit seinen Beitrag zur Integration geleistet habe.

Weber kritisiert zudem, dass der Innenminister mit keinem Wort auf

die Tatsache eingeht, dass Vater und Sohn verhaftet und vom Geheimdienst verhört wurden. Während der Haft von Anuar Naso war sogar eine niedersächsische Wirtschaftsdelegation zu Besuch in Damaskus – sie ist dort allerdings zu einem anderen, milderen Urteil über Syrien gekommen. Laut Wirtschaftsministerium handelt es sich um „ein weltlich orientiertes Land, in dem die verschiedenen Religionen und Nationalitäten weitgehend konfliktlos nebeneinander leben.“ Deutsche Produkte genossen hier einen guten Ruf.

„Ansehen des Landes berührt“

Ausgehend vom Fall Naso hat sich nun auch der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz, zu Wort gemeldet. Mahrenholz, der schon mehrfach die Flüchtlingspolitik des Landes kritisiert hat, bittet den Landtagspräsidenten Hermann Dinkla, sich der Angelegenheit anzunehmen. „Die Sache ist längst keine Angelegenheit des Innenministeriums, kommunaler Behörden und der Polizei mehr“, schreibt der 81-jährige Verfassungsjurist. „Vielmehr berührt sie das Ansehen jedes einzelnen Menschen ohne einen Unterschied das oberste Gebot staatlichen Handelns ist.“

Mahrenholz schlägt einen Runden Tisch vor (siehe Interview unten), der Richtlinien für das Innenministerium erarbeiten soll. Dem Runden Tisch sollten der Landtagspräsident, Fraktionsvertreter, der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtages, das Innenministerium, die Kirchen, der Flüchtlingsrat, die Härtefallkommission und ein Vertreter der Roma angehören. Während es von SPD und Grünen im Landtag bereits Zustimmung gibt, steht die Antwort des Landtagspräsidenten noch aus.

Aus Treppenhaus

Rollstuhl gestohlen

(lv) Harsum. Aus einem Treppenhaus in der Harsumer Klosterstraße haben unbekannte Täter einen Faltrollstuhl gestohlen. Der Diebstahl fiel erst auf, als eine 83-jährige Frau damit aus dem gegenüberliegenden Pflegeheim abgeholt werden sollte. Der Rollstuhl gehöre ihr nicht, sondern sei von der Krankenkasse geliehen, deshalb habe die Familie großes Interesse daran, dass er wieder auftaucht. Für Hinweise, die zur Ergreifung der Täter führen, will die Familie 50 Euro Belohnung zahlen. Hinweise nimmt die Polizei in Harsum, Telefon 0 51 27/90 29 61, entgegen.

SPD Holle kocht Matjes

Derneburg. Die SPD Holle lädt für Freitag, 11. März, zu einem Matjes-Essen ein. Mit der Aktion soll Menschen aus der Gemeinde geholfen werden, die das Schicksal hart getroffen hat. Beginn ist um 18.30 Uhr im Glashaushaus Derneburg. Der Reinerlös soll in diesem Jahr Bastian Lehmann zugute kommen. Er ist nach einem Fahrradunfall vom dritten Halswirbel an gelähmt. Der SPD-Landesvorsitzende Olaf Lies hat für den Abend bereits zugesagt. Anmeldungen bei der Holler SPD-Mitgliedern oder per E-Mail: info@holle.de.

„Zu schade für den Müll“

Bockenem. Eine Verschönerung unter dem Motto „Zu schade für den Müll“ veranstaltet der Kinderschutzbund Bockenem am Samstag, 12. März, von 10 bis 16 Uhr. In der Pausenhalle der Ambergaschule in Bockenem, Mahlumer Straße 20, werden von 10 bis 12 Uhr die Waren angenommen. Ab 13 Uhr kann dann gestöbert werden. Mehr Informationen unter Telefon 0 50 67/50 72.

Tag der offenen Töpferei

Diekholzen. Am 12. und 13. März findet bundesweit zum sechsten Mal der Tag der offenen Töpferei statt. Die Töpferei Klaus Eicke aus Diekholzen, Broyhansweg 22, ist bereits zum dritten Mal dabei. An beiden Tagen können Besucher zwischen 10 und 18 Uhr die Arbeitsweise der Töpfer kennen lernen. Gezeigt wird Aufbaugeräte und das Drehen an der Töpferscheibe.

Vorsorge und Betreuung

Hildesheim. Eine Informationsveranstaltung zum Thema „Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen“ findet am Dienstag, 8. März, ab 18.30 Uhr in der Kreisverwaltung, Bischof-Janssen-Straße (Eingang B, Sitzungssäle), statt.

Blutspender gesucht

Landkreis. An folgenden Terminen kann in der kommenden Woche Blut gespendet werden:

- In Rheden am Montag, 7. März, von 16 bis 19.30 Uhr in der Grundschule, Sechs Stück 5.
- In Giesen am Montag, 7. März, von 16 bis 19.30 Uhr in der Mehrzweckhalle, Emmerker Straße.
- In Gronau am Dienstag, 8. März, von 14.45 bis 19.30 Uhr in der Georg-Sauerwein-Realschule, Leintor 17.
- In Sehlem am Mittwoch, 9. März, von 15.30 bis 19.30 Uhr in der Sporthalle, Hauptstraße 33.
- In Woltershausen am Donnerstag, 10. März, von 16 bis 19.30 Uhr im Gasthaus Brauner Hirsch.
- In Klein Himstedt am Freitag, 11. März, von 16 bis 19.30 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus.

Bis 2015 soll es keine Mindestschülerzahlen geben

Oberschule ja, Oberstufe nein

(lv) Landkreis. Die Fachleute in der Schulverwaltung des Landkreises hätten sich das Rechnen sparen können. Sie sollten die Schülerzahlen für die nächsten zehn Jahre prognostizieren, um die Einrichtung neuer Oberschulen beantragen zu können. Das Ergebnis hatte bereits Unmut bei den Gemeinden ausgelöst, die durch den Rost gefallen wären. Nun heißt es von Seiten der CDU/FDP-Landesregierung: Bis 2015 haben alle verbundenen Haupt- und Realschulen die Möglichkeit, sich unabhängig von ihrer Schülerzahl in eine Oberschule umzuwandeln.

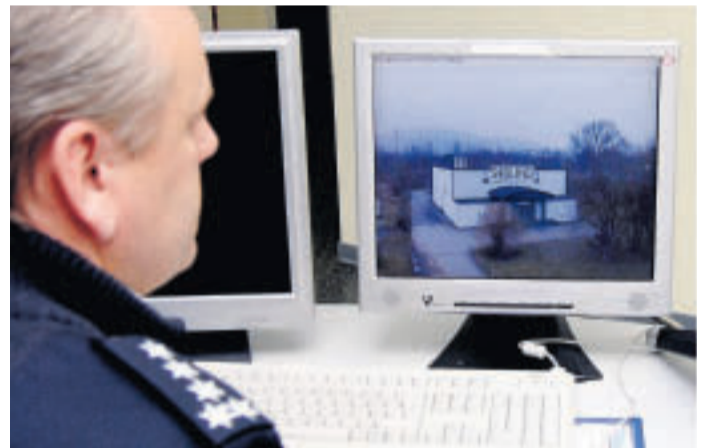
Darüber hinaus soll weiterhin ein gymnasialer Zweig bis Klasse 10 möglich sein, für den dann allerdings Schülerzahlen nachgewiesen werden müssen. Eine gymnasiale Oberstufe (Klasse 11 bis Abitur) soll es an den neuen Oberschulen entgegen früherer Pläne doch nicht geben. Hier hat sich der Philologenverband, der die klassischen Gymnasien in Gefahr sah, durchgesetzt. Doch keine Regel ohne Ausnahme: Wenn eine Gesamtschule in eine Oberschule umgewandelt werden soll und bereits eine

gymnasiale Oberstufe anbietet, soll sie diese behalten dürfen. Im Landkreis Hildesheim träge das künftig nur auf die Kooperative Gesamtschule in Gronau zu. Hier sehen aber weder der Landkreis noch die Samtgemeinde Gronau einen Anlass, die Umwandlung in eine Oberschule zu beantragen.

Die CDU/FDP-Mehrheit wird ihr neues Schulgesetz Mitte März nun allein beschließen müssen. SPD und Grüne hatten gefordert, die Hürden für die Errichtung neuer integrierter Gesamtschulen zu lockern. Der einstmalige Kultusminister Bernd Althausmann (CDU) angestrebte Schulkonsens kam jedoch nicht zustande. Wie gehabt geben sich Regierung und Opposition gegenseitig die Schuld daran. Weil selbst der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtages eine Ungleichbehandlung von Oberschulen und Gesamtschulen sieht, steht noch nicht fest, ob das neue Schulgesetz verfassungskonform sein wird. Die SPD-Fraktion im Landtag rät den Schulträgern daher, die Oberschulen lieber erst im nächsten Jahr zu beantragen.

Ein Jahr Videoüberwachung vor dem „Sound“

Weniger Randalen, aber Schmutz bleibt



Am anderen Ende der Kamera: Kommissariatsleiter Rainer Kahr hat den Eingangsbereich der Diskothek „Sound“ im Visier. Foto: Schwarzer-Schulz

(sch) Alfeld. Nach einer Massenschlägerei vor der Alfelder Diskothek „Sound“ im November 2009 war kurze Zeit später eine Videoüberwachungskamera im Außenbereich installiert worden. Das Konzept, das daraufhin von der örtlichen Polizei, der Stadt Alfeld und den Betreibern erarbeitet wurde, scheint zu greifen: Laut Aussage der Polizei haben sich seitdem Gewaltdelikte im Bereich der Diskothek drastisch vermindert: „Innerhalb eines Jahres haben sich diese Straftaten halbiert. Sie sind von 108 im Jahr 2009 auf 50 im Jahr 2010 gesunken“, teilt Alfelds Kommissariatsleiter Rainer Kahr mit. Die Videoüberwachung ist eine Maßnahme, darüber hinaus werden Aufenthaltsverbote gegen straffällige Besucher verhängt. Nach Mitteilung der Stadt Alfeld soll inzwischen auch die Verschmutzung und Belästigung durch nächtlich randalierende Diskothek-Besucher abgenommen haben.

Zeit für eine Zwischenbilanz, fanden die Verantwortlichen. Um sich ein Bild vor Ort machen zu können, trafen sie sich am Wochenende mitten im Diskobetrieb. Eingeladen waren auch Anwohner, die sich bereits über Müll und Lärm beklagt hatten. „Die Schlägereien haben durch die Kamera abgenommen“, bestätigt Anke Krösche, die in unmittelbarer Nähe wohnt. Positiv äußert sie sich über die Zusammenarbeit mit der Polizei, wenn es vor dem „Sound“ doch mal nach Randalen aussieht: „Wenn ich anrufe und sage, sie sollen die Kamera mal in eine bestimmte Richtung schwenken, sind oft zwei Minuten später Beamte vor Ort“, sagt die Anwohnerin. „Alle, auch die Betreiber geben sich Mühe. Aber der Lärm durch die Jugendlichen und die Autos ist nach wie vor da.“ Auch das Problem mit dem Müll auf ihrem

Grundstück sei geblieben: „Mittlerweile räumen wir das nur noch sonntags weg. Dann müssen wir es nicht zweimal machen. Die Betreiber sichern zwar zu, sich um den Schmutz zu kümmern, aber sie haben wohl wenig Einfluss darauf.“

IN DER KÜCHE ALLES REDDY®

Besuchen Sie uns auf unserer neuen Homepage unter www.hildesheim.reddy.de

reddy-hildesheim@kuechen.de

Bismarckplatz 11 · 31135 Hildesheim

Tel. 0 51 21 / 51 31 03

Ähnlich sieht es auch der zweite Sound-Nachbar, der namentlich nicht genannt werden möchte: „Am Wochenende reicht der Schmutz oft bis zum Bahnhof. Seitdem die Tankstelle gegenüber vom Sound durchgehend geöffnet hat, ist die Verschmutzung sogar noch schlimmer geworden. Das ist sicherlich ein Anziehungspunkt für Diskothek-Besucher.“ Der Lärm habe seit der Videoüberwachung zumindest etwas nachgelassen, berichtet er. Die Bemühungen der Betreiber, darunter auch Sicherheitskontrollen an diesem Abend, bewerten beide Anwohner als positiv: „Zumindest, wenn sie konsequent und nicht nur sporadisch durchgeführt werden.“

Größere Ausschreitungen gibt es an diesem Abend nicht. Was aber auch daran liegen mag, dass Rainer Kahr in Dienstuniform erscheint und mit einem Tross sehr erwachsener Kooperationspartner in der Diskothek unterwegs ist. Trotzdem: Die Schwere der bisherigen Delikte rechtfertigt eine weitere Überwachung per Kamera – so weit sind sich Stadt Alfeld, Polizei und Betreiber einig. Deshalb sollen alle Maßnahmen auch in diesem Jahr fortgeführt werden.

KEHRWIEDER-Interview mit Verfassungsrechtler Ernst Gottfried Mahrenholz

„Es muss sicher sein, dass niemandem Gefängnis droht“

Hannover. Für den ehemaligen Vize-Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Professor Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz, ist Kritik an der Flüchtlingspolitik des Landes Niedersachsen keine Frage der politischen Opposition. Der Sohn eines protestantischen Pastors und Kirchenmusikers gehört vielmehr „zu den Menschen, die auf das Schmerzlichste betroffen sind, dass in diesem Bundesland Dinge passieren, die nicht hätten geschehen dürfen“, wenn es einen menschlichen Ruf behalten wolle. KEHRWIEDER-Redakteur Lothar Veit fragte den Juristen, wie er den aktuellen Abschiebefall im Landkreis Hildesheim bewertet.



Ernst Gottfried Mahrenholz.

Wie stehen Sie generell zu Abschiebungen nach Syrien?

Mahrenholz: Zu Abschiebungen nach Syrien habe ich kein generelles Urteil. Es muss allerdings, gegebenenfalls auf diplomatischem Wege, sicher sein, dass niemandem Gefängnis droht.

Alle Beteiligten des Landkreises Hildesheim und des Landes Niedersachsen argumentieren immer streng juristisch. Was sagen Sie denen als ehemaliger Verfassungsrichter?

Mahrenholz: Auch ich argumentiere, wenn ich auf die oberste Verfassungsnorm der Bundesrepublik verweise, streng juristisch. Und die Verwirklichung dieser Norm steht über allen anderen rechtlichen Bedenken oder Anforderungen.

Wie soll die Arbeit eines Runden Tisches konkret aussehen? Oder anders gefragt: Warum sollte dieses Gremium mehr Einfluss haben als die bereits bestehende Härtefallkommission?

Mahrenholz: Die Arbeit des Runden Tisches könnte ermöglichen, dass nicht immer nur im Duell der Landtagssitzungen solche Probleme behandelt werden. Der Runde Tisch ermöglicht eher eine aufgeschlossene Atmosphäre und eher Verständnisse. Die beiderseitigen generellen Gesichtspunkte. Sind diese unter Beteiligung des Innenministeriums herausgearbeitet, wäre es Sache der Regierung, sie ihrer Politik zugrunde zu legen. Die Härtefallkommission beschäftigt sich dagegen mit Einzelfällen. (lv)

ZUR PERSON

Ernst Gottfried Mahrenholz (81) war von 1981 bis 1994 Richter am Bundesverfassungsgericht und ab 1987 dessen Vizepräsident. Er studierte ab 1948 Theologie, Psychologie, Philosophie und Rechtswissenschaften. 1965 wurde Mahrenholz zum Direktor des Funkhauses Hannover des Norddeutschen Rundfunks gewählt. Ab 1970 war das SPD-Mitglied Leiter der Staatskanzlei in Niedersachsen. 1974 wurde Mahrenholz Kultusminister von Niedersachsen, nach dem Regierungswechsel 1976 blieb er bis 1981 Landtagsabgeordneter; zugleich ließ er sich als Rechtsanwalt nieder. Er arbeitet heute für eine Kanzlei in Karlsruhe. (lv)

KEHRWIEDER: Sie haben sich nicht zum ersten Mal in die Flüchtlings- und Abschiebepolitik des Landes Niedersachsen eingemischt. Was treibt Sie an?

Ernst Gottfried Mahrenholz: Der Wille, dass Abschiebungen unter strikt menschenwürdigen Umständen geschehen.

Was halten Sie an dem aktuellen Fall der Familie Naso aus Giesen für skandalös?

Mahrenholz: Die Familie hätte nicht auseinandergerissen werden müssen, wenn man den Verfassungsschutz der Familie ernst genommen hätte. Dass der Junge wegen nicht ausreichender Schulnoten abgeschoben wurde, ist ein Übel, auch deshalb, weil er sich ja in der örtlichen Fußballmannschaft sehr engagiert hat, die Bedingungen für eine altersgemäße Integration bereits gegeben waren.